

# Deutsche Rundschau

## in Polen

### Früher Ostdeutsche Rundschau Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Bestellgeld vierjährlich 8,75 Bl.  
monatlich 3 Bl. In den Ausgabestellen monatlich 2,75 Bl.  
Bei Postbezug vierjährlich 9,33 Bl. monatlich 3,11 Bl. Unter Streifband in Polen  
monatlich 5 Bl. Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 Gr.  
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher  
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die 30 mm breite Kolonialzeile 20 Groschen, die 90 mm  
breite Nellamezeile 100 Groschen. Danzig 20 bzw. 100 Da. Pf.  
Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Bla-  
vorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur  
schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 50 Groschen. — Für das Er scheinen der  
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.  
**Postcheckkonten:** Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 131.

Bromberg, Dienstag den 9. Juni 1925.

49. Jahrg.

## Die Abrüstungsnote.

Die Entente hat endlich geruht, dem Deutschen Reich die Begründung für den Vertragsbruch zuzumuten zu lassen, der durch die Nichträumung der Kölner Zone offenkundig wurde. Diese seit fünf Monaten erwarte Note, die vielfach umgearbeitet, gekürzt und ergänzt wurde, ist eine große Überraschung. Sie erklärt nämlich freimütig, daß Deutschland eigentlich alle Vertragsbedingungen loyal erfüllt habe, daß es nur noch neue Verstörungen vornehmen solle, von denen zum größeren Teil im Versailler Friedensdiktat überhaupt nicht die Rede ist und daß man dann vielleicht (aber nur vielleicht) das vertragswidrig noch immer bestehende Industrie die Exportüberschüsse schaffen, um Reparationen zu bezahlen?

Die Deutsche Allgemeine Zeitung begrüßt die Abrüstungsnote mit folgenden Sätzen:

Nach dem Höllenlärm in der französischen Presse, nach den Geckereien des englischen Generals Morgan und der großen Brandrede, mit der Herriot sich im Januar die obskuren Geschichten der Boulevard-Presse zu eignen machte, mußte alle Welt annehmen, daß Deutschland ungeheure Verfehlungen begangen hätte und den Frieden Europas mit irgendeiner geheimen Armee bedrohe. Alles, was hier vorgetragen wurde, von Ministern und pensionierten Generalen, war freilich zu lächerlich, um von den militärischen Kenntnissen in irgendeinem Lande ernst genommen zu werden. Aber die Waffe hat in Frankreich und England oder jenseits des Ozeans alle diese Geschichten genau so geglaubt, wie die Grenzgeschichten aus der Kriegspropaganda. Die Verzögerung der Kontrollnote scheint auch darin ihren Grund zu haben, daß es schwer war, von einer leichtfertigen und habschönen Propaganda abzufommen, ohne sich allzu sehr zu blamieren.

Von dem großen Trara ist nichts übriggeblieben. Wo sind die 50 000 Stahlstäbe, mit denen General Noll die französischen Rennläufe ausweichen möchte, wo die chemischen Laboratorien des Generals Morgan und die vielen anderen Schreckgespenster? Man hat Jahre gebraucht für immer neue Kontrollen und man hat fünf Monate gebraucht, um den Vertragsbruch vom 10. Januar zu begründen, und man hat an positiven Vorwürfen nur Belanglosigkeiten aufzumuntern können, deren Lächerlichkeit dem naivsten militärischen Ignoranten klar ist. Solche Leute gibt es seit dem Weltkrieg weder in Europa, noch in Amerika. Für den amerikanischen Bürger, der mit seinen Auleihen die militärischen Rüstungen Frankreichs und seiner Hilfsstruppen bezahlt, spricht diese Note eine deutliche Sprache. Sie nimmt den Vorwand für diese Rüstungen, an denen alle diese Länder längst verblutet wären, denn sie gibt klar und deutlich zu, daß Deutschland entwaffnet ist und den Frieden nicht bedrohen kann.

Ein kleiner Blick in die Einzelheiten. Wir können gern davon absehen, daß die Kontrollnote das abgelieferte Kriegsmaterial mit zu geringen Zahlen angibt. Nach der Statistik des Reichswehrministeriums vom 23. November 1923, die bisher von der Kontrollkommission nie in Frage gestellt ist, wurden statt 33 000 mehr als 54 000 Kanonenrohre abgeliefert, statt 11 000 rund 28 000 Minenwerfer, statt 87 000 rund 105 000 Maschinengewehre, statt 4,5 rund 6 Millionen Handfeuerwaffen. In äußerlichem Verhältnis sind all die anderen Zahlen von der Kontrollkommission an niedrig angegeben. Aber was bedeuten selbst gegenüber diesen Zahlen die „Kriegsmaterialien“, die Deutschland angeblich noch zu viel haben soll. Meist hilft sich die Note mit der allgemeinen Redensart von bedeutenden Überschüssen. Deutschland soll viermal so viel Hülsen haben, als es braucht, doppelt so viel Platzpatronen, die Pionierverbände haben zuviel Signalgeräte, die Infanteristen zuviel Reservefeuer, und die Pferde, die zum Reiten bestimmt sind, haben — horribilis dictu — auch Ausrüstungen zum Lastenträgen. Es muß eine üble Aufgabe für die fremden Militärs gewesen sein, diese törichten Aufstellungen anzufertigen.

Das ist der Erfolg der Kontrolltätigkeit, und mit solchen Gründen magt man es, die fremde Militärrherrschaft über Millionen deutscher Bürger zu verlängern. Es kann keine Rede davon sein, daß die Räumung der Zonen eine „Bergünstigung“ für Deutschland darstellt, wie die Ententenote vom 6. Januar behauptete, oder ein „Vorteil vorzeitiger Räumung, der dem Reich zugute kommt“, wie es in der neuen Note heißt. Sondern es handelt sich hier um eine bindende Vertragsverpflichtung, auf der Deutschland mit seinem guten Recht besteht.

Da nun der positive Teil über die angeblichen deutschen Verfehlungen so außerordentlich dürfsig ausfallen mußte, haben sich die Nachreiter mit einer wahren Wit auf den zweiten Teil ihrer Aufgabe geworfen, was die Deutschen nun alles tun müssen, um ihre Sünden wieder gutzumachen. Derselbe schreiende Widerspruch. Wie diese angeblichen Verfehlungen in keinem Verhältnis stehen zu der schweren Maßregelung durch die feindliche Besetzung der Kölner Zone, so gehen die geforderten Verstörungen und innerpolitischen Maßregeln weit über das hinaus, was zu einer Abstellung der gerügten Mängel erforderlich ist, selbst wenn diese auftreten würden. Der Befehl nach dem Diktat der Kontrollkommission, eine Reihe neuer Gesetze zu erlassen, ist ein Eingriff in die deutsche Souveränität.

Ob die deutsche Polizei den Ländern oder den Gemeinden unterstellt ist, ob sie sich zur Verfolgung von Verbrechern dient, ob der Chef des Heeresleitung Chef des Stabes des Reichswehrministers heißen soll, ob die Batterien in Wangerooge und Sylteneinde drehbar sind oder nur geradeaus schießen können, welche Titel die Führer der Polizei haben, das sind alles rein innerdeutsche Angelegenheiten. Es sind hier so lächerliche Einmischungen in Einzelheiten vorgesehen, daß es den Eindruck macht, als suchte man einen neuen Affront. Schließlich muß

man nach dem großen Värm ja auch einiges über die moralische Abrüstung schreiben.

Dagegen hat man mehr Sinn verwendet auf das Kapitel von den Verstörungen industrieller Werke. Hier scheinen die wirtschaftlichen Sachverständigen ganze Arbeit gemacht zu haben. Krupp soll seine großen Maschinen zerstören, die heute — vollkommen umgebaut — Zylinderbohrer für Chemikalien bohren. Die geforderte Verstörung eines Hochofens und eines Bessemer Stahlwerks ist nichts als eine unlautere Konkurrenzmaßregel. Und so ist's bei allen den anderen Maschinen. Schließlich kann ein alter Adlersau ein streitbares Artillerierohr werden. Wovon soll das Deutsche Reich alle diese Verstörungen bezahlen und wie soll die Industrie die Exportüberschüsse schaffen, um Reparationen zu bezahlen?

Bei all diesen schweren Bedingungen gibt die Note der Entente keine Garantie, daß zu irgendeinem absehbaren Zeitpunkt das deutsche Land um Köln frei wird. Im Absatz 10 der Mantelnote behält sich die Entente das ausdrückliche Recht vor, auch noch irgendeine andere Sache zum Anlaß der Nichträumung zu nehmen. In diesem Sache liegt eine besondere Gefahr. Vieles bedarf der Klärung, ehe eine Einigung möglich scheint. Statt Pakt und Völkerbund präsentieren sie ein neues Diktat.

## Die Aufnahme in Berliner Regierungskreisen.

Eine halbamtliche Erklärung des WTB.

Über den vorläufigen Eindruck, den die alliierte Entwaffnungsnote in den maßgebenden politischen Kreisen Berlins gemacht hat, berichtet WTB folgendes:

Bei dem Umfang der Note und ihrer Anlagen ist ein abschließendes Urteil darüber selbstverständlich erst nach eingehender Prüfung möglich. Aus den Feststellungen in den Anlagen der Note geht unmittelbar hervor, welche gewaltigen Leistungen Deutschland auf dem Gebiete der Abrüstung vollzogen hat, und wie geringfügig von internationalen Gesichtspunkten aus im Verhältnis zu diesen Leistungen die einzelnen Punkte sind, deren Erledigung die Alliierten noch fordern zu können glauben. Demgegenüber muß um so mehr befremden, daß in der Note wiederum eine völlig verfehlte Auffassung der alliierten Regierungen über den deutschen Rüstungsstand zum Ausdruck kommt; und daß dabei von schweren deutschen Verstößen und von der Nichterfüllung wesentlicher Bestimmungen des Versailler Vertrages gesprochen wird.

Die Ausführungen der Note werden beherrscht von dem Gedanken, daß Deutschland sich die Möglichkeit zu verschaffen gewußt habe, zu gegebener Zeit eine seiner Größe und seiner Bevölkerungszahl entsprechende kriegsbereite Armee aufzustellen. Dieser Gedanke, der den wahren Sachverhalt geradezu auf den Kopf stellt, muß mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Jeder, der aus den umfangreichen Dokumenten den eigentlichen sachlichen Kern herausschält, sieht sich vor die Frage gestellt, ob das denn alles ist, womit die Legende von dem waffenstarrenden und angriffsstolzen Deutschland erklärt werden soll.

Auf der anderen Seite bringt die Note im Vergleich mit den beiden alliierten Noten vom Januar d. J. und im Vergleich mit sonstigen Ausschreibungen alliierter Regierungen wenigstens den Fortschritt, daß sich jetzt zum ersten Male mit einiger Sicherheit übersehen läßt, welche konkreten Einzelforderungen die Alliierten in der Entwaffnungsfrage noch an Deutschland stellen wollen, und daß sie die ausdrückliche Verpflichtung eingegangen sind, nach Befriedigung dieser Forderungen endlich die nördliche Rheinlandzone zu räumen.

Wenn deutscherseits auch nach Kenntnisnahme der neuen Note nicht anerkannt werden kann, daß etwaige Rückstände auf dem Gebiete der Abrüstung die Nichtinnehaltung des vertragsmäßigen Rüstungstermins rechtfertigen könnten, so hat die Situation doch eine wesentliche Klärung dadurch erfahren, daß die Alliierten sich nunmehr auf diese Verpflichtung festgelegt haben. Dabei kann aber niemals vergessen werden, daß es zur Erzielung dieses Ergebnisses eines Zeitraumes von fünf Monaten bedurft hat und daß die Erledigung der Räumungsfrage, d. h. die Befreiung eines wichtigen Teiles des Rheinlandes von der Last der fremden Besetzung, willkürlich um diesen Zeitraum verzögert worden ist.

Wäre man der Anregung der Deutschen Regierung vom August und September v. J. über die Durchführung der Generalinspektion im Wege der Verhandlung gefolgt, so würde diese Verzögerung vermieden worden sein. Den selben Weg der Verhandlung wird man jetzt über zahlreiche Einzelpunkte der Note geben müssen, wenn nicht erneut eine starke Versammlung der Erledigung der Entwaffnungs- und Räumungsfrage eintreten soll.

Die anständigen Stellen werden sofort an eine sorgfältige Prüfung der Note herantreten. Soweit sich dabei ergibt, daß Rückstände gegenüber den Verpflichtungen der deutschen Regierung bestehen, wird die Beseitigung als bald erfolgen.

Vielfach werden die Beanstandungen der Alliierten Regierungen noch weiterer Klärung und Verständigung bedürfen, wie dies die Anlagen der Note auch selbst vorsehen. Dass sich Deutschland zu keinerlei Maßnahmen verpflichten kann, die bei loyaler Auslegung noch über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgehen oder die später beiderseits genehmigten Regelungen preisgeben, versteht sich von selbst.

Man ist sich in den deutschen Regierungskreisen des Ernstes der Situation, von dem die alliierte Note spricht, vollkommen bewußt, wenn man auch die Tatsachen, die zu dieser Situation geführt haben, wesentlich anders als die Alliierten Regierungen beurteilt. Die Alliierten haben reinliche Innehaltung des Versailler Vertrages zugesagt. Die Deutsche Regierung ihrerseits hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie gewillt ist, ihren vertraglichen Ver-

pflichtungen getreulich nachzukommen. Auf ihr Recht, dabei den eigenen Rechtspunkt in der Auslegung des Vertrages zur Geltung zu bringen und damit den Anspruch Deutschlands auf Selbstbehauptung zu wahren, kann sie aber nicht verzichten.

Nachdem durch die verspätete Bekanntgabe der alliierten Forderungen die Räumung der nördlichen Rheinlandzone, auf die Deutschland einen Rechtsanspruch hat, so lange verjügt worden ist, dürfen durch Forderungen, deren Vertragswidrigkeit sich etwa bei näherer Prüfung ergeben sollte, nicht weitere Rechtsnachteile für Deutschland entstehen. Die Deutsche Regierung hat kein anderes Ziel, als daß auf dem Boden allerseitiger Erfüllung übernommener Verpflichtungen endlich ein wahrer Friedens- und jeder Rechtszustand herbeigeführt und damit dem deutschen Volke Ruhe für den Wiederaufbau und für die fruchtbare Zusammenarbeit mit den anderen Völkern verschafft wird.

## Das Echo der Berliner Presse.

Ein Rundblick im Blätterwald der großen Berliner Tagespresse ergibt folgendes Bild:

Die „Kreuzzeitung“ bezeichnet es als völlig ausgeschlossen, Forderungen zu akzeptieren, die mit der Ehre und den Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes unvereinbar seien.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist der Auffassung, daß hinter den vielen Worten der Note der Wille Frankreichs steht, vor die Räumung der ersten rheinischen Zone eine unübersteigbare Schranke zu setzen.

Der „Volksanzeiger“ schreibt: „Wenn man eine solche Note liest, dann kommt uns wieder so recht zum Bewußtsein, daß Deutschland kein souveräner Staat mehr ist. Darum ist das Gefühl der Empörung so groß und tief.“

Die „Tägliche Rundschau“ nennt die Note ein „Dokument kleinerer Rache“. Die „Berliner Börsenzeitung“ spricht von einem „Anschlag auf die deutsche Ehre“.

Die „Germania“ bezeichnet die Note als Beweis dafür, daß der Versailler Friede kein Friede sei, sondern ein Mittel zur Wachhaltung des Kriegsgeistes, an dem sich der europäische Funke wieder entzünden könnte. Wenn die Alliierten den Frieden wollen, sollen sie den Geist der Versöhnung und Verständigung in Deutschland fördern und nicht durch kleinliche Schikanen das Blut auch der friedlichsten Deutschen immer wieder in Wallung bringen.

Der „Vorwärts“ spricht die Vermutung aus, daß die Regierungen hüben und drüben es vielleicht gar nicht so eilig haben werden, „denn die deutsche Regierung kann ungemein Entschlüsse ausweichen, solange verhandelt wird, und solange verhandelt wird, bleibt auch der französischen Regierung der nicht allen Franzosen willkommene Entschluß erspart, die nördliche Zone zu räumen. Auf diese Weise könne sich leicht ein gewisser stillschweigendes Einvernehmen ergeben, die miteinander zusammenhängenden Fragen der Entwaffnung und der Räumung möglich lange in der Schwebe zu lassen.“ Im übrigen heißt es in dem führenden sozialdemokratischen Blatt weiter, diese Note erinnere Deutschland in peinlichster Weise daran, daß es ein besiegter Staat sei. Eine derartige ins einzelne gehende Einmischung von draußen in die Angelegenheiten der deutschen Wehr- und Polizeimacht wäre moralisch extraligal, wenn sie von einer Instanz ausgeginge, die allen Staaten gleichmäßig übergeordnet sei und alle mit gleichem Maße messe. Einseitig aber bleibe es dabei, daß nur die Befestigten abrüsten müßten, wie die Sieger es ihnen nach ihrer Auslegung des Vertrages vorschreiben.

## Englische Kritik.

Der „Manchester Guardian“ kritisiert die Entwaffnungsnote inhaltlich wie formal sehr scharf. Das Blatt schreibt: „Es sei bedauerlich, daß ein solches Dokument in Berlin zu einer Zeit überreicht werden konnte, wo die Hauptaufgabe der europäischen Diplomatie in der Förderung des Sicherheitspaktes bestehet. Es sei schämhaft, die geheimen Freunde zu verborgen, mit der die französischen Viercaristen dies Dokument begrüßten, und es ist ebenso schwer zu verstehen, weshalb es die Billigung Englands erhalten hat. Es sei erstaunlich, daß die Alliierten die Veröffentlichung der Gründe der Nichträumung der Kölner Zone fünf Monate hinauszögert haben; noch erstaunlicher aber sei es, daß diese Note nach Berlin gerichtet worden ist, ohne daß Deutschlands bewunderungswürdige Initiative in Note erwähnt. Je geringer die Anmut und versehle die Gelegenheit, Deutschland zu versichern, daß die Alliierten ein normales Freundschaftsverhältnis mit Deutschland wünschen. Die Note sei im Ton antideutsch, und es wird aller deutschen Friedfertigkeit und guten Willens benötigen, um sich über den Ton zu erheben.“

## Rücktrittsabsichten Seects?

Ein Berliner Spätabendblatt berichtet, daß die die Reichswehr betreffenden Forderungen in der Ententenote als ein persönlicher Vorstoß gegen General v. Seeckt aufgesetzt werden. In politischen Kreisen glaubt man daher, daß General v. Seeckt von seinem Posten zurücktreten würde, wenn die Regierung die Forderungen der Entente nach Wiederherstellung des alten Zustandes annehmen sollte. General v. Seeckt hat seinerzeit die Stellung der Reichswehrleitung nur angenommen, weil ihm die Möglichkeit der einheitlichen Leitung gegeben wurde. Bei dieser Sache rechnet man mit schwierigen Verhandlungen innen- und außenpolitischer Natur.

Es ist daher mit einer umgehenden Beantwortung der Abrüstungsnoten nicht zu rechnen. Die Note enthält so viel Unklarheiten, daß sie in den einzelnen Fessoren erst eingehend geprüft werden müssen. Von dem Ergebnis dieser Prüfung wird dann das weitere Verhalten der Reichsregierung abhängen. Über die strittigen Punkte wird die Reichsregierung voraussichtlich mit der interalliierten

Kontrollkommission in eine direkte Aussprache treten. Der Reichsanzler hat Sonnabend mittag Vertreter der hinter der Regierung stehenden Fraktionen empfangen, um mit ihnen neben den politischen Fragen und dem Inhalt der Note auch die Frage der parlamentarischen Behandlung der Entwaffnungsnote zu besprechen. Vorläufig ist, obwohl die Regierung sehr wenig Neigung zeigt, vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages zu erscheinen, eine Sitzung des Ausschusses von dem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Hergt, offiziell für Mittwoch einberufen.

## Danzig-polnische Fragen für die Junitagung des Völkerbundes.

(Von unserem Danziger Sonderberichterstatter.)

Danzig, den 8. Juni.

Der heute in Genf wieder zusammengetretene Völkerbund wird sich dieses Mal nur mit zwei Danzig und Polen betreffenden Angelegenheiten zu beschäftigen haben, die allerdings von besonderer Bedeutung sind, nämlich der Erledigung des nun schon fast ein halbes Jahr die europäische Öffentlichkeit beschäftigenden Poststreites, sowie der Ermittlung eines Verfahrens für die Behandlung Danzig-polnischer Streitfragen.

Für die Erledigung des Poststreites liegt bekanntlich dem Völkerbundrate ein Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag vor, welches feststellt, daß eine Entscheidung des früheren Hohen Kommissars in Danzig, General Haking, welche die Berechtigung Polens zur Einrichtung eines Postdienstes im Gebiet der Freien Stadt Danzig ablehnt, nicht bestreite, daß nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages Polen diese Berechtigung anzusprechen sei, jedoch nur für das Gebiet des Danziger Hafens und zur Benutzung der Hafenbevölkerung. Die territoriale Begrenzung des Hafengebiets müsse dem Rate des Völkerbundes überlassen bleiben; die seinerzeit für die zum Hafen gehörenden Eisenbahnen gezogene Grenzlinie läne als Begrenzungslinie für das Hafengebiet nicht in Betracht. Der Freie Stadt Danzig sei die Besitzniss zu eingehender Kontrolle darüber zuzuerkennen, daß die Benutzung der polnischen Posteinrichtung wirklich nur durch die Hafenbevölkerung erfolge.

Gegen dieses Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes erhebt die Regierung der Freien Stadt den Vorwurf, daß es dem Sinne und der inneren Auffassung der hierbei in Betracht kommenden früheren Hakingischen Entscheidung, wie sie in ihrer Begründung und in einem späteren Schreiben Haking's an die Regierung der Freien Stadt zum Ausdruck kommt, nicht gerecht werde. In der genannten Begründung sagt Haking ausdrücklich, daß die polnische Post nur für die Behörden, nicht für die ganz polnische Bevölkerung einzurichten sei, und in seinem nachträglichen Schreiben erklärte er die Einrichtung eines Postdienstes, wie ihn Polen beabsichtigte, als im Widerstreit mit seiner Entscheidung stehend. Der Internationale Gerichtshof aber hält sich nur an den Wortlaut der Hakingischen Entscheidung selbst und sagt, daß nur diese maßgebend sein könne, gleichviel, welches die Absicht seines Urhebers gewesen sei, wobei sogar zugegessen wird, daß Haking, wenn er jetzt erneut eine Entscheidung abzugeben habe, dies wohl im Danziger Sinne tun werde. Da der Standpunkt des Internationalen Gerichtshofes sich somit als ein rein formalistischer Fennzeichner, der die der früheren Entscheidung zugrunde liegende Absicht bewußt außer Acht läßt, so erkennt die Regierung der Freien Stadt Danzig dieses Gutachten nicht als ein Gerechtes an und stellt an den Rat des Völkerbundes den Antrag, daß der auf der früheren Hakingischen Entscheidung basende Schiedsspruch des jüngsten Völkerbund-Kommissars, Herrn Mac Donnell, der Polen das Recht zur Einrichtung eines Postdienstes in der Freien Stadt Danzig absprach, anerkannt werde.

Es ist allerdings wenig Aussicht vorhanden, daß der Rat des Völkerbundes dem Antrage Danzigs folgend, das Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes umstoßen wird. Umso mehr wird dann von Danziger Seite auf die in dem Gutachten enthaltenen Danzig günstigen Momenten Wert gelegt werden, nämlich auf die vom Völkerbundrate noch vorzunehmende territoriale Begrenzung des Hafengebietes und auf die Danzig zu erteilende Kontrolle über die Benutzung der polnischen Post, wodurch allein eine schwere wirtschaftliche Schädigung des Danziger Postmonopols zu vermeiden sein wird. Ob der Völkerbundrat die recht schwierige Festlegung der Grenzen des Hafengebietes schon während der bevorstehenden Tagung durchführen wird, erscheint zweifelhaft. Wie verlautet, ist es nicht ausgeschlossen, daß vor der endgültigen Regelung dieser Frage zunächst eine Prüfung der örtlichen Verhältnisse durch eine nach Danzig zu entsendende Kommission des Völkerbundrats erfolgen soll. Damit würde dann das Ende des Poststreites abermals um eine Reihe von Monaten hinausgeschoben werden.

Um spätere Streitigkeiten zu vermeiden, sind nach Ansicht der Danziger Regierung außerdem noch eine Reihe anderer wichtiger Fragen zu klären. Dazu gehören die Fragen der Währung und der Sprache, der anzuwendenden Gesetze der Steuerpflicht der polnischen Verwaltung, Bestimmungen über die Anstellung Danziger Staatsangehöriger sowie eine materielle Begrenzung des politischen Postdienstes durch Bestimmung der zulässigen Dienstzweige. Danzig hat hierzu noch keine Vorschläge gemacht, aber man steht bereits, daß die Einrichtung des polnischen Postdienstes in Danzig den beiden beteiligten Staaten, wahrscheinlich auch dem Völkerbundrate noch sehr viel Arbeit verursachen wird.

In der Frage der Feststellung eines Verfahrens für die Behandlung von Streitigkeiten zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen hat der spanische Delegierte D. Grabski den Vorschlag unterbreitet, der den Regierungen der beiden Staaten zur Stellungnahme vorgelegt wurde. In diesem Entwurf sind durchaus annehmbare Vorschläge enthalten, die teilweise auf Anregung der Danziger Regierung entstanden sind. Von großer Bedeutung ist es, daß die Tätigkeit des Hohen Kommissars aus einer rein schiedsrichterlichen zu der eines Vermittlers erweitert wird. Der Hoge Kommissar soll nach Artikel 1 des Entwurfs bei Entstehung von Streitfällen zunächst versuchen, ob nicht durch direkte Verhandlungen der Parteien unter seiner Einwirkung eine Einigung zu erzielen ist. Hierzu ist er befugt, die Parteien vorzuladen, und letztere sind verpflichtet, dieser Vorladung zu folgen. Während die Danziger Regierung sich hiermit einverstanden erklärt hat, will Polen die Verpflichtung, vor dem Hohen Kommissar zu erscheinen, nicht anerkennen.

Artikel II führt Fristen ein, innerhalb deren die Stellungnahme zum Antrag der Gegenpartei auf Entscheidung zu geschehen hat. Wenn diese Frist nicht innengeholt wird, kann die Vorladung auch ohne die Antwort abzuwarten, erfolgen. Bislang waren nur Fristen für die Berufung festgesetzt, durch das neue Verfahren soll eine Verschleppung der Streitfragen vermieden werden. — Der folgende Artikel sieht die Berufung von Sachverständigen,

deren sich bisher nur der Völkerbundrat bediente, auch schon für die Entscheidung des Hohen Kommissars als erster Instanz unter Mitwirkung des Sekretariats des Völkerbundes vor. Zum Schlus noch Bestimmungen getroffen über die Tragung der Kosten des Verfahrens, deren Verteilung dem Hohen Kommissar überlassen bleibt.

Die angeführten Vorschläge, die sämtlich die Billigung der Freien Stadt Danzig erhalten haben, dürften geeignet sein, den Rat des Völkerbundes erheblich zu entlasten und die Regelung der Streitfälle zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen den in Genf vielfach in unerwünschter Weise sich geltend machenden Einflüssen der Hohen Politik zu entziehen, und sie auf den Boden sachlicher und unparteiischer Beurteilung zu verlegen, was im Grunde nur beiden Staaten recht sein kann.

H. Haardt.

## Durchbruch der französischen Marodofront.

Aus Paris wird gemeldet:

Auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz hat ein ungewöhnlich heftiger Angriff Abd el Krim begonnen. Der kurze amtliche Bericht gibt zu, daß es den Streitkräften der Rifs gelungen ist, die französische Front zu durchbrechen und die französischen Truppen zurückdrängen. Die Einschätzung der Reserven der Heeresgruppe Freudenberg soll dem Kampf, der noch andauert, eine günstige Wendung geben haben. Nach Meldungen aus privater Quelle scheinen die französischen Truppen eine ernste Niederlage erlitten zu haben. Abd el Krim soll es gelungen sein, sowohl das Massiv Taunat wie das von Bibane, die Schlüpfunktionen der französischen Front, zu erobern. Aus einem Bericht des "Oeuvre" geht hervor, daß das französische Oberkommando die Zurücknahme eines Teiles der Front auf das Südufer des Ouergha-Flusses in Aussicht genommen habe.

Eine spanische Hilfsaktion für Frankreich?

Aus Madrid wird dem "Journal" gemeldet, daß der große Angriff der Spanier gegen die Bucht von Alucemas zwischen dem 11. und 15. d. M. beginnen wird. Dem Landungsversuch soll eine dreitägige Belagerung durch Schiffsbatterie und Fliegengeschoß vorangehen. Spanische Blicke haben festgestellt, daß die Minenfelder zwischen Alucemas und Aldeia Schützengräben auswerfen und Festungsbauwerke errichten. Außerdem wurde das Vorhandensein von drei schweren Geschützen an strategischen Punkten festgestellt. Die spanischen Kampfgeschwader sind seit Freitag in Algeciras und Rio Martin zusammengezogen, wo sich auch zwei Hospitalschiffe mit je 800 Betten befinden. Primero de Rivera wird den Angriff persönlich leiten. Die Landungstruppen sind bei Tetuan zusammengezogen worden.

## Ratajski sieht ein, daß er unmöglich ist.

Warschau, 6. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Ein Nachmittagsblatt will erfahren haben, daß der Innenminister Ratajski den Besluß gefaßt habe, seine Demission einzureichen. Er hätte eingesehen, daß sein Weiterverbleiben auf dem Posten des Innenministers dem gesamten Kabinett große Schwierigkeiten bereiten würde, deshalb wolle er einem andern Platz machen, und zwar werde es allem Anschein nach ein Fachminister sein. Die Sozialdemokraten haben, wie bereits gemeldet, den Rücktritt des Eisenbahnministers Tysska verlangt. Neuerdings wird berichtet, daß die Sozialdemokraten in ziemlich ultimativer Form auch den Rücktritt des Justizministers Bychowski fordern. Zwischen dem Premier Grabski und den Linksparteien soll es wegen der Besetzung des durch die Demission Thuguttis freigewordenen Postens eines Vorsitzenden der Sektion für Minderheitsfragen und die Ostwojewodschaften zur vollkommenen Verständigung gekommen sein. Die Linksparteien wollen dem Ministerpräsidenten bei der Besetzung dieses Postens freie Hand lassen, nachdem ihnen der Ministerpräsident bezüglich der Person des neuen Mannes gewisse Sicherungen gegeben hat.

## Die nächsten Ziele der Piasten.

Kattowitz, 7. Juni. Hier fand kürzlich die Wojewodschaftstagung der Delegierten der Piastenpartei statt, an der etwa 2500 Mitglieder teilnahmen.

Abg. Witos erstattete ein ausführliches Referat über die nächsten Ziele der Piastenpartei, wobei er die Regierung Grabski in der heftigsten Weise angriff. Der Redner bezeichnete die Regierung als künstliches, unparlamentarisches und chaotisches Gebilde, das sich bemühe, zwischen den einzelnen Parteien die Balance zu halten. Das gegenwärtige Parlament ist machtlos; die Folge davon ist das Wirtschaftskatastrophen.

In dem weiteren Verlauf seiner Rede sprach sich Abg. Witos gegen die sofortige Auflösung des Sejm aus. Vor der Auflösung des Sejm muß die Konstitution in folgenden Punkten geändert werden:

1. Die Machtfestigung des Staatspräsidenten muß erweitert werden.

2. Die Wahlordnung in den Sejm und in den Senat muß in der Weise geändert werden, daß nicht auf Listen, sondern auf einzelne Kandidaten gestimmt wird. Danach der gegenwärtigen Wahlordnung seien in den Sejm Deputierte eingesetzt, die nicht die geringsten Qualifikationen für ihr Amt besitzen. (Treffs vor allem bei der Piastenpartei zu. Die Red.)

Nach Witos sprach Dr. Kiernik. Er referierte über die wirtschaftliche Lage, wobei er ebenfalls sehr scharf die Regierung Grabski angreift, weil sie statt die Steuerquellen zu beleben, die Produktion unterbinden, die Landwirtschaft ruinieren und sie zu Betteln gemacht habe. Zum Schlus der Tagung wurde eine Reihe entsprechender Resolutionen im Stile der obigen Ausführungen angenommen.

## Eine Novelle zur Verordnung über die Revision von Konzessionen.

Warschau, 8. Juni. Während der letzten Sejmberatungen über die Revision der Konzessionen gab die Regierung bekanntlich die Erklärung ab, daß sie beabsichtige, dem Sejm eine Novelle zur Verordnung über diese Revision vorzulegen. Die Novelle soll eine Erleichterung für die bisherigen Konzessionshabende einführen, sofern sie in einem höheren Alter stehen und die Konzession bereits seit etlichen Jahren innehaben.

Wie "Razz Przegląd" erfährt, wird das Projekt dieser Novelle gegenwärtig von der Regierung ausgearbeitet und soll noch während der gegenwärtigen Sejmssession zur Abschließung gelangen.

## Das Gesetz über die Ausländer.

Warschau, 6. Juni. Der von der Regierung eingebrauchte Gesetzentwurf über die Ausländer bildete gestern den Gegenstand der Beratungen in der Verwaltungs- und Auslandskommission des Sejm. Der Referent, Abg. Zwierzyński vom Rat. Volksverband, stellte den Antrag, den Regierungsentwurf anzunehmen; gegen das Projekt traten jedoch in der allgemeinen Diskussion die Abgeordneten Jeremiasz (Weißruss), Chruści (Ukrainer), Prager (P. P. S.), sowie Insler und Schipper, beide vom Jüdischen Klub, auf, welche die Einbringung einer Reihe von Verbesserungen ankündigten.

Abg. Schipper wies darauf hin, daß man bei der Behandlung des Regierungsentwurfs über die Ausländer damit rechnen müsse, daß Polen ein Land der Auswanderung und nicht der Einwanderung sei. Die Schwierigkeiten, die das polnische Gesetz den Ausländern bereiten würde, würden sich an den polnischen Staatsangehörigen rächen, welche in das Ausland abwandern, das unbedingt den Grundsatz der Gegenseitigkeit wahren würde. — Abg. Insler betonte, daß eine Reihe von Bestimmungen des Projekts vollkommen unnötige Erfahrungen für Ausländer bei der Einreise und dem Aufenthalt in Polen vorsehe. Der Entwurf öffne dabei ein Feld für zahlreiche Missbräuche in der Praxis, da er in den meisten Fällen die Festsetzung der Bedingungen ministeriellen Anordnungen überlasse, statt zur Klarheit und rechtlichen Sicherheit im Gesetz selbst festzulegen. Weiter sagt der Redner mit Nachdruck, daß die Annahme des Gesetzes ohne die gleichzeitige Regelung der Frage der sogenannten staatenlosen Bürger unmöglich sei. Die Zusticherung des Vertreters des Inneministeriums, daß die Regierung in dieser Frage ein Rundschreiben vorbereite, könne niemand befriedigen, da ein derartiges Rundschreiben schon andauernd in Vorbereitung, jedoch bis jetzt noch nicht erlassen worden sei.

Die Fortsetzung der Diskussion wurde zur nächsten Sitzung vertagt.

## "Roridors"-Füge.

Ein beigelegter deutsch-polnischer Streitfall.

WTB meldet am 5. Juni aus Berlin: Am 28. Januar und 31. März 1923 hatte das Auswärtige Amt an das Schiedsgericht in Danzig, dem die Entscheidung in Streitfällen über die Auslegung der Ausführung des sogenannten deutsch-polnischen Korridorabkommen obliegt, den Antrag gestellt, durch Schiedsgericht dahin zu erkennen, daß Deutschland das Recht aussteh, in den Militärzügen außer Urlauben und dienstlich einzelreisenden Truppen mit dem dazugehörigen Heeresgut auch noch andere Heeresgüter (einschließlich Werbe) zu befördern, und daß der polnischen Regierung keinerlei Einfluß auf das Verhältnis der Wagenzahl des ergänzenden Zugteils mit andern Heeresgütern und dem dazugehörigen Begleitpersonal zusteht. (Die fast seit Jahresfrist mit der polnischen Regierung über den Streitfall geführten Verhandlungen waren ergebnislos verlaufen.) In ihrer Erwiderung auf den Antrag erkannte die polnische Regierung die deutsche Auffassung von der Auslegung der fraglichen Bestimmungen des Abkommens als zutreffend an und führte ihre bisherige Haltung auf die unrichtige Darstellung der Sache durch die polnische Dienststelle zurück, die mit der entsprechenden deutschen Dienststelle über diese Fragen verhandelte. Nach dieser Erklärung, die eine uneingeschränkte Anerkennung des deutschen Standpunktes bedeutet, hat die deutsche Regierung ihren Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung zurückgezogen.

## Republik Polen.

Die Zollerhöhungen nur provisorisch?

3. Warschau, 6. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß die letzten polnischen Zollerhöhungen nur für etwa vier bis fünf Monate gedacht sind. Sofern Polen seine passive Handelsbilanz erfolgreich bekämpft haben wird, werde man eine liberale Einführungspolitik verfolgen. Man hofft, durch einen verstärkten Getreideexport die passive Handelsbilanz vollends auszugleichen.

Die Selbstmord-Epidemie im polnischen Heere.

In der letzten Sitzung der Heereskommission des Sejm kam der Abg. Mieczysławski auf die Selbstmorde von Offizieren und Gemeinen im Heere zu sprechen. Er stellte fest, daß vom 1. April bis zum 24. Mai 40 Selbstmordfälle amtlich festgestellt worden seien. Kriegsminister Sikorski, der an der Sitzung teilnahm, erklärte, daß diese Angelegenheit den Gegenstand der Beratungen einer besonderen Kommission bilden wird.

## Aus anderen Ländern.

Streitende Polizei in China.

Moskau, 6. Juni. (E. D.) Die Sowjetkommunisten haben an die in den Aufstand getretenen chinesischen Studenten ein Telegramm gerichtet, in welchem die Studenten aufgefordert werden, mit den kommunistischen Partei in China zusammenzuarbeiten. Die russischen Gewerkschaften haben in ähnlichen Worten gehaltenes Telegramm an die chinesischen Arbeiter gerichtet. — Nach einer Meldung aus Shanghai haben sich 400 chinesische Polizisten den Streikenden angeschlossen.

## Alte Rundschau.

\* Wieviel Zoologische Gärten gibt es auf der Erde? Wie Dr. Havestadt, Assistent des Zoologischen Gartens in Halle in der "Zeitung des Solbades Wittekind" ausführt, gibt es heute rund 140 Zoologische Gärten auf der Erde. Europa steht in dieser Ausstellung mit 52 an hervorragender Stelle; unter den europäischen Ländern marschiert heute Deutschland mit 16 Tiergärten an der Spitze. Vor dem Kriege gab es 16 Zoologische Gärten in Deutschland und zwar: Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Dresden, Hamburg, Breslau, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Düsseldorf, Münster, Gelsenkirchen, Königsberg, Halle a. S., München, Nürnberg. In der Nachkriegszeit sind mehrere davon verschwunden. Alle aber sind inzwischen wieder in Betrieb genommen worden; in der alten Reihe fehlen nur noch Breslau und München. Der Breslauer Zoologische Garten soll aber wieder eröffnet werden.

\* Eine wohnsinnige Wette. Ein Kürschner in Schlesien hatte nach einem wüsten Begegnung eine Wette abgeschlossen, ungefährlich durch die Hochspannungsdrähte der Überlandzentrale zu klettern. Trotz vielfacher Warnungen kletterte der Begegnungsmann in die Höhe; kaum hatte er die Drahtberuhigung flamme sein Körper wie eine Fackel auf und erleuchtete verbrennend einige Minuten lang die Umgebung. Nur die völlig verblödet überreste konnten aus den Drähten geboren werden. Der Tote hinterließ eine Frau und vier Kinder.

Bromberg, Dienstag den 9. Juni 1925.

## Pommereilen.

8. Juni.

## Graudenz (Grudziadz).

nz. Entschädigungsansprüche von Landwirten. Bei Beginn der Inflationszeit erlitten viele Landwirte unseres Kreises dadurch schweren Schaden, daß sie nach dem Herbstdruck das Getreide verkauften und das Geld auf die Bank brachten. Als sie später das Geld abholten, war die Kaufkraft so gesunken, daß sie nur wenig dafür erhalten. Im nächsten Jahre verkauften sie nur dann Getreide, wenn sie Geld brauchten und nur ein solches Quantum, um die dringenden Ausgaben bestreiten zu können. Da nicht alle Landwirte über genügende Lagerräume auf ihren Grundstücken verfügten, um das ganze Getreide lagern zu können, mußten sie es auf die Speicher der Getreidehandlungen und Mühlen bringen. Dieses war allgemein üblich. Bei Geldbedarf übernahm dann der Lagerhalter den betreffenden Teil des Getreides und zahlte das Geld dafür aus. Es hatten so auch verschiedene Landwirte größere Getreidemengen auf den Speicher des Lessener Raiffeisenvereins (Lafin) zur Lagerung gebracht. Dieses Getreide wurde aber von Gerichtswegen beschlagnahmt und die Besitzer wegen Wunders von der Staatsanwaltschaft in Anklage-  
zustand versetzt. Nach mehreren Verhandlungen sind nun die Besitzer des Getreides freigesprochen worden. Es war allerdings vor längerer Zeit von Abgeordneten der deutschen Fraktion in dieser Angelegenheit an den Sejm eine Interpellation eingereicht worden, in der es hieß, daß beschlagnahmtes Getreide sei zu sehr mäßigem Preise verkauft worden. Nachdem nun vor kurzem der erwähnte Freispruch ergangen ist, beabsichtigen jetzt die geschädigten Landwirte, wegen Erfahres des wirklichen Getreidewertes vorzugehen. \*

A Das Weichselwasser fällt täglich, die Sandbänke werden immer größer. An dem rechten Ufer zieht sich nur eine schmale Wasserrinne hin. Unterhalb der großen Sandbank liegen zwei größere Fahrzeuge. Die beiden Fahrzeuge, welche Drainröhren haben, haben ihre Fahrt angetreten. Das Motorboot Sonja liegt unterhalb der Adlermühle. \*

Der Sonnabend-Wocheamarkt war zum Teil nur schwach besucht. Besonders Kartoffeln waren knapp, auch Eier deckten nicht den Bedarf. Es wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1.40—1.60, Eier 1.70—1.80, Kartoffeln 3.50, Spargel 2.00, Möhren 30, Blumenkohl 50—1.50, Gurken 1—1.50, Stachelbeeren 45, Kirschen 90—1.50, Gartenerdbeeren 2.00, Erdbeeren 70. Der Fischmarkt war nur mäßig besucht und um 11 Uhr fast vollständig geräumt. Hefte 1—1.20, Brot 70, Ale 1.50—2.50, Karaffen 80—1.20. Der Geflügelmarkt zeigte Enten zu 3, Putennen zu 8, Suppenhühner zu 4—5. \*

Der Sonnabend-Schweinemarkt zeigte eine geringe Beschilderung. Besonders Schweinefleisch knapp werden zu wollen. Da das Angebot nur gering war, konnte der Bedarf nicht gedeckt werden. Der Fleckelpreis ist daher auch bedeutend in die Höhe geschossen. Man zahlt für das Paar Absatzfleisch 28—42 zł. Läufner waren ebenfalls knapp und massenhaft Schweine wurden überhaupt nicht angeboten. \*

\* Strahlenverre. Wegen Reinhaltung wird vom 8. d. M. ab bis auf weiteres die Radzynner Chaussee von der Rzezmania bis zur Pflasterstraße hinter den städtischen Wasserwerken gesperrt. Leichte Fuhrwerke, die die Radzynner Chaussee benutzen müssen, können die Cegielniana oder den Landweg an der Fliegerstation passieren; schwere Fuhrwerke und Kraftwagen haben die Chelmianka bis zur Pflasterstraße zu benutzen, die die beiden Chausseen an den städtischen Wasserwerken verbindet. \*

\* Der Nachtzug der Straßenbahn wird infolge Änderung des Eisenbahnsplans nach nachstehendem Plan verkehren: Von Bahnhof: 23.40, 0.40, 1.25, 2.25, 3.40, 4.40, 5.30. Von der Lipowa (Lindenstr.): 0.10, 1.05, 1.45, 2.40, 4.10, 5.06, 6.30. Die Einmalige Fahrt für Erwachsene kostet im Nachtzug 30 gr. Monatskarten usw. haben bei den Nachtzugsfahrten keine Gültigkeit. \*

## Thorn (Toruń).

— Beamtenhäuser. In der Bender- und Hepperstraße (ul. Matejki) auf der Bromberger Vorstadt soll in Kürze mit dem Bau von Beamtenhäusern durch den Magistrat begonnen werden. Zu diesem Zweck hat der Magistrat bereits eine Ausschreibung der Bauarbeiten erlassen. — Ferner werden verschiedene Straßen bzw. Bürgersteige neu hergestellt und ausgebessert, und hierzu sucht der Magistrat ca. 1000 Raummeter Bausteine. Mit den Arbeiten wird wahrscheinlich kurz nach der Ernte begonnen werden. — In der Parkstraße ist der Bürgersteig auch teilweise erneuert, da er infolge der Baumwurzeln der großen Lindenbäume uneben geworden war. \*\*

— Sehr starkes Interesse macht sich bei der Bürgerschaft geltend über die Art der Rückzahlung der in den Jahren 1921/22/23 zwangsweise geleisteten Vorschüsse für Gas und Strom. Das Elektrizitätswerk hatte hauptsächlich im Jahre 1922 mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, und verlangte damals entsprechend dem Gasverbrauch Vorschüszahlungen, die manchmal dem halben Monatsgehalt eines Beamten gleichkamen. Fest zahlt das Werk mit Leichtigkeit diese Summen zurück, in ganz niedrigen Sätzen, da es sich nach dem Gesetz betr. Rückzahlung und Umvalutierung von privatrechtlichen Darlehen richtet. Hierher werden von der seinerzeit gezahlten Summe ca. nur 10 Prozent zurückgezahlt. Viele Bürger verweigern daher die Annahme der Rückzahlungen, und wie verlaufen wird sich ein Komitee von Konsumenten bilden, um auf dem Verhandlungswege, nötigenfalls aber auf dem Gerichtswege eine gerechte Zurückzahlung oder eine angemessene Verrechnung zu erlangen. \*\*

— Eine Ruderfahrt von Thorn nach Danzig traten am Pfingstsonntagnachmittag drei Herren des Thorner polnischen Rudervereins in einem Doppelzweier an. Der Wasserstand ist für diese lange Fahrt sehr ungünstig und wird die Ruderer voraussichtlich zu vielen Kreuzen zwingen. \*\*

— Ein Einbruch wurde während der Mittagszeit in das Verkaufsgeschäft des Elektrizitätswerks in der Bäderstraße (ul. Piękarz) verübt. Die Kasse wurde erbrochen und circa 500 zł gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur. \*\*

— Aus dem Landkreis Thorn, 6. Juni. Der letzte stellenweise sehr starke Regen hat an verschiedenen Stellen (Raschichower Berg, Neudorf, Grunow) große Schäden anrichtet. Durch das in Stößen aufflitzende Wasser sind verschiedentlich große Löcher in Chaussee und Landstraße gerissen worden. — Die Drewnenbrücke in Słotwice (Blotterie) ist wiederum an verschiedenen Stellen ausgebessert worden. Leider bedeutet eine solche kleine Instandsetzung nur „einen Trocken auf den heißen Stein“, da der ganze Unterbau so baufällig ist, daß eine neue Brücke nötig wäre.

1 Aus dem Kreise Culm, 6. Juni. Der Stand des Getreides ist wesentlich besser als im Vorjahr, aber sonst durchaus nicht berühmt. Der Roggen ist auf manchen Stellen auch auf gutem Boden ähnlich dünn, auch die Ähren sind nur kurz. Auf leichtem Boden versagt er vielfach vollständig. Auch bei den Sommersaaten bleibt viel zu wünschen übrig. Das Gras steht zwar dicht, ist aber meist nur kurz abgewachsen. Es haben warme Nächte gefehlt. Der Klee ist nicht derart, wie man es gewöhnt ist. Es machen sich auch die Folgen der beiden nassen Sommer und des vorjährigen Wasserschadens bemerkbar. Der Obstsaat ist nicht bedeutend. Birnen fallen fast ganz aus. Sauerfrüchte leiden stark unter Monstatabfall. Pfauenbäume zeigen statt der Früchte die bekannten Taichen. \*

\* Dirchan (Tczew), 6. Juni. Einer interessanten vorge schichtlichen Fund mache Donnerstag gegen Abend hier am Weichselufer ein junger Mann. Auf einem Spaziergang begriffen, stieß er am Weichselufer hinter Bezdendorf auf dem infolge des jetzt sehr flachen Weichselwassers frei liegenden Ufergelände auf strohe dunkelbraune Stücke, die er anfangs für versteinertes Holz hielt. Bei näherem Zusehen entdeckte er aber alsdann, daß es große Knochenstücke waren, wahrscheinlich von Gliedmaßen eines Tieres von riesiger Ausmaße, wie sie vor Jahrtausenden gelebt haben mögen. Aus der dort vorliegenden Erdkruste grub er dann einzelne dieser Stücke heraus, darunter auch ein Gebilde, das allem Anschein nach einen Zahn darstellt, da die Wurzeln noch genau erkennbar und auch der Zahnschmelz an der äußeren platten Stelle genau ersichtlich ist. Dieser eine einzige Zahn wiegt allein fast 10, genau 9½ Pfund. In ähnlichem kaum auffälligen Ausmaße sind die übrigen drei vorgefundene Stücke vom Knochen gehalten. Sie sind alle fast ganz schwarz gefärbt und stark vorwärts und müssen an dieser Stelle Jahrtausende gelegen haben. Vermöglich handelt es sich hier um die Knochenreste eines Sauriers, die in der Eiszeit ihren Weg bis hierher fanden. Ähnliche solcher Überreste von Reptilien aus vorgechichtlicher Zeit sind schon vor mehreren Jahrzehnten in der Nähe der heutigen Fundstelle, etwas weiter nach Süden zu, gemacht worden und der Zufall will es, daß diese damals dem Großvater des jetzigen Finders, einem Fischer, dort in die Hände fielen, der sie dann dem Provinzialmuseum in Danzig und einem Berliner Museum übertrug. \*

\* Konitz (Chojnice), 6. Juni. Der Vieh- und Pferdemarkt am Donnerstag zeigte starken Auftrieb an gutem und minderen Material. Für Pferde wurden 50—500 zł gezahlt bei einem Durchschnittspreis von 400 zł. Kühe kosteten 150—250 zł. Der Betrieb war lebhaft, doch wurden der Geldknappheit wegen nur wenige Geschäfte abgeschlossen. Auffallend war die starke Beteiligung von Bürgern aus Thorn, die reichliches Pferdematerial mitführten. Sie wurden nacheinander auf das Kommissariat zur Prüfung ihrer Papiere geführt, aber sofort wieder freigelassen. Auf dem Lebensmittelmarkt hielten sich die Preise in den bisherigen Grenzen.

\* Pusig (Puck), 6. Juni. Mit dem Abholzen der schönen Birkenallee Pusig-Swarzewo ist nunmehr doch begonnen worden. Trotz aller Proteste der Naturfreunde und des Verschönerungsvereins Pusig hat das Ministerium verfügt, die Bäume zu entfernen, um Fliegerunfälle vorzubürgen. \*

## Aus den deutschen Nachbargebieten.

\* Marienburg, 6. Juni. Am Donnerstag, 4. d. M., fand in Heubuden bei Kalbfos, gegenüber Marienburg im Großen Werder, die 400jährige Jubelfeier der westpreußischen Mennonitengemeinden statt. Es waren auch Vertreter der Mennonitengemeinden aus Pommereilen erschienen. Die Predigt hielt Prediger Mannhardt-Danzig, und auch einige Alteste verschiedener Gemeinden hielten Ansprachen.

## Jubiläum der evangelischen Gemeinde in Hela.

Die evangelische Gemeinde in Hela beginnt, wie schon angekündigt, in diesen Tagen die Feier ihres 400jährigen Bestehens. Um 11 Uhr am 8. Juni setzt sich der Festzug unter Leitung des Ortsgeistlichen, Pfarrer May, zur Kirche in Bewegung. Voran der Helaer Posauenchor. Es folgten

14 Geistliche, darunter die Herren Generalsuperintendent D. Blau-Posen, D. Alweit-Danzig, Superintendent Becker-Wejherowo, ferner 8 Konfirmanden (2 Knaben & Mädchen), ein Täufling aus der Familie des früheren Gemeindesprechers Arndt und die große Gemeinde.

Überfüllt war die schmucke Kirche. Der Feiertagsdienst nahm seinen Anfang mit der Tafse des jüngsten Heilens, dann nahm Pfarrer May die Einsegnung der Konfirmanden vor, und vollzog hiermit wohl seine letzte Amishandlung in Hela, denn er übersiedelt in diesen Tagen nach Deutschland. Die Feiertagspredigt hielt Generalsuperintendent D. Blau. Ein Festmahl vereinte die meisten Teilnehmer (140) in der Löwengrube. Der Abend rief die Gemeinde in der festlich geschmückten Kirche zusammen zu einem Jubiläums-Gemeindeabend mit Gesang, Ansprachen und Vorträgen.

Am 2. Festtag, 4. Juni, versammelte sich die Feiertagsgemeinde auf dem Kirchhof zur feierlichen Kränzlederlegung am Gedenkstein für die im Weltkriege Gefallenen aus der Gemeinde Hela. In der Kirche schloß sich die Gustav-Adolf-Feier an. Mit diesem Gottesdienst hatten die Feierlichkeiten ihr Ende erreicht. — Wie bei allen Jubiläen, wurden auch in diesem Falle der Kirche Geschenke überreicht, so durch Generalsuperintendent D. Blau 1000 zł, Superintendent Becker 700 zł. Eine Sammlung beim Festmahl ergab ca. 160 zł, eine Kollekte ca. 300 zł. Alle Gaben dienten der Kirchenkasse für Reparaturzwecke recht willkommen gewesen sein.

Die freigewordene evangelische Pfarrstelle in Hela verwaltet nunmehr Probst D. Braunschweig aus Danzig.

## Der Mord im Flugzeug.

Dem „Tag“ wird am 6. d. M. aus Wien gedreht: Am 4. April wurde in der Nähe von Oedenburg in Ungarn auf freiem Felde der verstümmelte Leichnam eines Mannes gefunden. Aus Dokumenten ging hervor, daß der Tod der Brillantenhändler Pösser aus Pressburg sei. Die Ermittlungen führten zur Feststellung der Tatsache, daß ein Raubmord vorliegt, der im Aeroplano begangen wurde.

Am 31. März flog ein Aeroplano mit einem Piloten namens Büchler von Wien nach Budapest. Im Flugzeug waren als Passagiere ein gewisser Savis und der Brillantenhändler. Dieser reiste als holländischer Kaufmann und hatte ein Säckchen Brillanten und über 20.000 Frank Bargeld bei sich. Savis gab sich für seinen Sekretär aus. Der Brillantenhändler hatte in Wien seine Abreise nach Budapest angemeldet und zugleich seinen Bruder in Budapest verständigt, daß er am Abend dort eintreffen werde. Er wurde jedoch seit dem genannten Tage nicht mehr gesehen. Über seinen Verbleib hörte man erst, als die Leiche in Oedenburg gefunden wurde. Von dem Brillanten und dem Geld fand man nichts mehr vor. Auch Savis und der Pilot waren verschwunden. Der Eigentümer des Flugzeuges, Lodemann, leitete nun eine Untersuchung ein. Aus der Korrespondenz des Savis mit dem Piloten konnte festgestellt werden, daß beide in großer Geldverlegenheit waren. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben sie sich geeinigt, den Brillantenhändler zu ermorden und zu berauben. Weiter wurde festgestellt, daß dem Brillantenhändler in der Kabine des Aeroplano ein Fläschchen mit Chloroform in Gesicht geschüttet wurde. Auf diese Art wurde er betäubt und verkrümmt und dann zum Fenster der Kabine hinausgeschleudert. Die Mörder sind noch nicht festgenommen.

## Ein russischer Flug Moskau—Peking.

O. Moskau, 3. Juni. In der ersten Hälfte des Junkt. d. I. soll einer der größten und schwierigsten bisher unternommenen Flüge von Moskau aus durchgeführt werden, indem die 7000 Kilometer lange Strecke bis Peking im Flugzeug zurückgelegt wird. Das Präsidium des Zentrallexikons des Sowjetbundes hat aus diesem Anlaß am 3. Juni ein Dekret veröffentlicht, in dem es heißt: Angesichts der Wichtigkeit der Entwicklung kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zu den befreundeten Völkern Chinas und der Mongolei und zur Festigung der Verbindungen mit den Grenzrepubliken veranstaltet die Gesellschaft der Freunde der Luftfahrt und die russische Gesellschaft „Dobrolet“ den Flug Moskau-China. Der Flug werde hauptsächlich mit Flugzeugen und Motoren

## Graudenz.

Einen tüchtigen Molterei- Gehilfen

ev. der poln. Sprache  
mächtig, sucht  
Moltereigenossenschaft  
Ostrowite  
bei Jabłonowo.

Eine einfache Stütze  
für m. Landhaushalt  
von sofort gesucht. 74  
Moltereigenossenschaft  
Słotwica

Wirtschaftsräulein  
sucht b. einz. Hrn. ob.  
Dame die Landwirtch.  
zu führen. Bin in allen  
Zweigen der Landw.  
gew. bewandert. Gutes  
Zeugnis vorhand. An-  
geb. unt. Nr. 7250 an  
die Geschäftsfrau Arnold  
Ariedie, Grudziadz.

Landaufenthalt  
an Bahn, See u. Wald  
gelegen, stehen  
2—3 Zimmer  
zur Verfügung. Meld.  
unter Nr. 7251 an  
Hauptvertriebsstelle  
A. Ariedie, Grudziadz.

Platz 23 Szczecin Nr. 23  
u. Włodzimierz Jacobson  
von 2 Blok an in erstklassiger  
Ausführung. 7243

Deutsche Bühne, Grudziadz S.  
Mittwoch, den 10. Juni 1925,  
abends 8 Uhr, im Tivoli-Garten

Garten-Konzert  
des  
Orchesters der Deutschen Bühne,  
Grudziadz. 7075

Leitung: Musikdirektor Hetschko.  
Eintrittskarten 50 Groschen ausreichlich  
Städte im Geschäftszimmer,  
Mickiewicza 15, u. an der Abendstafel.  
Bei ungünstigem Wetter im Saale.

Wer in Graudenz  
Geschäfts-, Privat- und Familien-  
Anzeigen

wirkungsvoll aufzugeben will, muß die  
größte deutsche Tageszeitung in Polen, die  
Deutsche Rundschau  
benutzen. Sie wird in allen deutschen und  
vielen polnischen Familien gelesen.  
Anzeigen nimmt die Hauptvertriebsstelle  
Arnold Ariedie, Buchhandlung,  
Mickiewicza (Wohlmannstr.) 3,  
und alle Ausgabestellen entgegen.

Dachdecker-  
Arbeiten

aller Art werden saub.  
u. billigst ausgeführt.  
Sylman, Dachdecker-  
mstr. Szczecinna 16.

Empfehlung 7247

Rochsalz

in jeder Menag ab  
Lager. Auf Munich  
Aufzündung m. d. Bahn.  
Monopol-Salz en gros  
Szczecin Szczecin 20. Tel. 408.

Edelfreibse

Suppenküche, sehr bil-  
lig. Verland n. außerh.  
C. Fisch, Verland-  
haus, Toruń, Przed-  
zamec 10. Tel. 525. 725

Um zugshalber

zu verkaufen:  
Sägehammer - Möbel,  
Fisch, Eisgrau, Küchen-  
möbel usw. 12-1 vorm.  
7-8 abends. Fr. Dr. Gim-  
kiewicz, Arzb. Jodwig 1,  
I. (Elisabethstr.) 7 725

Billig

zu verkaufen:

1 kompl. Bureauein-  
richtg. m. Panzergold-  
druck, 1 Spiegelerg. 6  
iß. wie neu, 1 Roll-  
wagen, ein- u. zweisp.,  
zu fahren, 1 Sattler-  
nähmaschine, Marke  
Wolke, fast neu. 7076

Bydgoszka 92, 1.

Mädchen

ehrlich, sauber, m. gut.  
Zeugnissen, f. Haushalt  
2 Pers., v. 15, 6. gesucht.  
Konopnickie 15, 1. r. Vorverkauf bei S. Greiner; Karten 1—3.

## Thorn.

Meiner werten Rundschau von Toruń u. Umgegend gehe hiermit bekannt, daß meine langjährige Plättanftalt 7295 für Herrenwächer, Damenkleider und Blusen unter meiner Firma L. Gackowska geb. Autenriek, ul. Motowa (Brüderstr.) 16 und ul. Podmurna (Mauerstr.) 15 weiterbesteht u. bitte ich, dieselbe nicht m. der jetzige Firma L. Gackowska geb. Autenriek.

russischer Konstruktion und Herstellung unternommen, und verfolge den Zweck, die russische friedliche Luftschiffahrt und Flugzeugindustrie zu fördern. Die Bevölkerung wird aufgefordert, dass die Flieger nach Möglichkeit zu unterstützen.

Der Flug stellt insofern ein kühnes Unternehmen dar, als überaus schwierige und einsame Strecken zu überfliegen sind, die außerordentliche Anstrengungen von Flieger und Luftfahrzeuge stellen, da Zwischenlandungen meist unmöglich sind. Es sind das vor allem die Strecken: Sarapul—Swerdlowsk (470 Kilometer) über die Uralberge und -wälde, Nowo-Nikolaevsk—Jekat. (1614 Kilometer), wovon 1000 Kilometer über die wilde Taiga zu fliegen sind; Jekat. (1614 Kilometer) längs des Flusses Angara und über den Baikalsee, und von hier nach Sjachta über hohe Berge. Doch die aller schwierigste Aufgabe ist die Teilstrecke Urga—Kalgan (1180 Kilometer), da von ihr 1000 Kilometer auf die bergige oder steifandige Wüste Gobi mit ihren furchtlichen Stürmen entfallen; beim Fehlen jeder Orientierungsmöglichkeit wird man hier ausschließlich nach dem Kompaß zu fliegen haben.

## Hitzewelle in Amerika.

Bisher 160 Todesfälle.

Einer Neuyorker Meldung vom 6. folge hat die amerikanische Hitzewelle bisher 160 Todesfälle verursacht. Außerdem sind über 100 000 Personen infolge der Hitze schwer erkrankt. Die Schulen wurden geschlossen.

In dem inneren Stadtteil Neuyorks verstarben am Sonnabend 15 Personen an Hitzschlag. Alle Krankenhäuser der Großstädte sind überfüllt. Die Ärzte können vor Erholung kaum noch Hilfe leisten. In Washington war die Hitze noch größer, als in Neuyork. Die Zeitungen melden, dass man in Chicago tatsächlich auf dem Straßenpflaster durch die Sonnenhitze einen

Gi gebraten hat. Aus den Städten Pittsburg, Washington, Baltimore, New England und New Jersey, Michigan und Indiana werden ebenfalls Todesfälle angezeigt. Eigentümlicherweise werden aus den Gebieten gegen den Schneefälle gemeldet. Der Untergrundbahnhof Neuyorks hat Störungen erlitten, da viele Zugführer nicht zum Dienst erscheinen konnten. In der letzten Nacht herrschte auf den Straßen der Weise von Neuyork starker Verkehr, da es die Leute vorgingen, sich auf der Straße aufzuhalten. Das Wetterbüro verspricht keine sofortige Erleichterung und erklärt, dass die Hitzewelle noch über den Sonntag andauern wird.

## Aus dem Gerichtssaale.

\* Danzig, 6. Juni. Die Brudertragedie im Waldchen bei Guteberge, die seinerzeit großes Aufsehen erregte, beschäftigte gestern zum zweiten Male die Strafkammer. In der ersten Verhandlung war der Täter, der Sohn des Oppoter Kurhauspächters Buchwald, wegen Tötung seines Bruders zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das Obergericht hat die durch den Rechtsbeistand des Verurteilten eingeleitete Revision für begründet erklärt und so wurde die Sache nochmals an die Strafkammer überwiesen. Während einer Reise des Vaters hatten die beiden Brüder, Erich und Kurt, sich dazu hinreisen lassen, von den ihnen anvertrauten Geldern etwa 1500 Gulden zu unterschlagen. Als am 10. November der Vater heimkehrte, beschlossen die beiden Söhne auf Anraten des älteren Bruders, aus Angst vor Strafe aus dem Leben zu scheiden. Beide fuhren nach Danzig, wobei der ältere, Kurt, einen Revolver bei sich trug. In einem Lokal in Danzig lösten sie darum, wer die traurige Tat ausführen sollte. Das Los traf den jüngeren Bruder. Hierauf fuhren sie nach Strauchmühle, um die Tat zu vollziehen. Die Pistole versagte jedoch bei einer Probe. Der ältere B. beschloss daher, sich eine bessere Pistole zu verschaffen und die Tat bis zum nächsten

Tage zu verschieben. Die jungen Leute fuhren dann nach Oliva und zechten dort fast die ganze Nacht. Am 12. November beschafften sie sich dann einen besseren Revolver und fuhren zusammen nach Ohra, wo sie ebenfalls wieder reichlich dem Alkohol zusprachen. Hierauf begaben sie sich in den Wald bei Guteberge. Dort gab Kurt B. zunächst einen Probeschuss ab. Dann reichte er dem jüngeren Bruder die Waffe mit der Bestellung, ihn zu erschießen. Erich B. setzte die Waffe an die linke Kopfseite des Bruders und drückte ab, worauf Kurt leblos zu Boden fiel. Als Erich dieses sah, verlor er den Mut zur weiteren Durchführung der Tat, lief in das Lokal und rief telefonisch einen Arzt aus Ohra herbei. In der geflügelten Verhandlung waren mehrere Sachverständige geladen. Der Angeklagte legte wieder ein umfassendes Geständnis ab. Das Gericht verurteilte Erich B. zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten, wovon sechs Monate auf die erlittene Untersuchungshaft verrechnet werden. Der Angeklagte habe die Tat zwar mit Vorsatz, jedoch ohne Überlegung ausgeführt. Er sei ein willenschwacher Mensch, der sich unter der Hörigkeit des älteren Bruders und des ihm von diesem eingeschöpften Alkohols befand. Aus diesem Grunde mögen ihm mildende Umstände angebilligt worden. Da die Tat nicht aus verderblicher Neigung, sondern aus Leichtsinn und Unüberlegtheit ausgeführt, und der Angeklagte noch unbefreit ist, so sei ihm bei einwandfreier Führung inzwischen ein Strafaufschub von drei Jahren gewährt worden. — Der Angeklagte wurde auf freien Fuß gesetzt.

## Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 6. Juni in Krakau 2,87 (2,12), Zamysłot 0,55 (0,52), Barwałd 0,61 (0,61), Stoczek 0,22 (0,23), Thorn - 0,18 (0,18), Gordan - 0,10 (0,08), Culm 0,12 (0,10), Graudenz 0,08 (0,08), Kurzehrad - 0,39 (0,40), Montau 0,17 (0,18), Piekel - 0,28 (0,27), Dirschau - 0,62 (0,60), Einlage 2,18 (2,18), Schlevenhorst 2,40 (2,44) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

# Trinkt Franks Fruchtweine und -Säfte.

Mit besten Empfehlungen versehener

verheirateter

## Administrator

ad. geb. 36 J., evang., mit Kapital, möchte

ab 1. Juli dieses einlegend,

Gut sanieren helfen,  
rev. in Stadtadministration ein solches  
übernehmen. Gehalt wird nicht gefordert  
nur freier Haushalt und Lantiente vom  
Reingewinn. Offeren unter D. 7288 an die  
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Landwirt, evgl.,  
21 Jahre alt, sucht per  
1. Juli 1925 Stellung  
auf höherem Güte als  
2. Beamter oder  
sofort

Offer. u. R. 4698 an  
die Geschäft. d. Zeitg.

Jung. Landwirt  
27 Jahre alt, 6-jährige  
Praxis, aus gutem  
Hause, gute Zeugnisse  
u. Empfehlungen, sucht  
Stellung als

alleiniger  
Beamter.  
Off. u. R. 7262 a.d.G. d. 3.

Landw.-Beamter  
26 Jahre, m. mehrjähriger  
Praxis u. guten Zeugnissen,  
der polnischen Sprache in Wort und  
Schrift mächtig, sucht  
Stellung zum 1.7. oder  
später. Offeren unter  
D. 4668 an die Geschäft.  
dieser Zeitung erbeten.

Jg. Landwirt sucht  
nom. 1. Juli od. später  
Stellung als

Wirtschaftsbeamte.  
Bin entlassen v. Militär, der dtch. u. poln.  
Sprache mächtig.

J. Szopeński. Debitant  
pow. Grudziądz. 7270

Landwirtschaft.

Beamter  
evgl. Landwirtssohn,  
gute Zeugnisse, sucht  
Stellung. Gesell. Offer.  
unter R. 4657 an die  
Geschäft. d. Zeitg. erbeten.

Inspecteur

ledig, 32 Jahre alt,  
14 Jahre Praxis auf grös.  
Gütern Schleifens und  
Holzen, sucht zum 1.7.  
entsprechende Stellung  
auf grös. Güte. Poln.  
Sprache in Wort und  
Schrift. Off. u. R. 7187  
an d. Geschäft. d. Zeitg.

Jg. Landwirt sucht  
nom. 1. Juli od. später  
Stellung als

Wirtschaftsbeamte.

Bin 25 Jhr. alt, der  
dtch. u. poln. Sprache  
mächtig. Off. u. R. 7259  
an d. Geschäft. d. Zeitg.

Wirtschaftsbeamte.

31 Jahre, ledig, poln.  
Staatsangeh., abgeschl.  
6 Semester hoh., dtch.  
Landw. Schul. 2 Semester,  
höhere Handelschule,  
11 Jahre. Praxis erfüll.  
Zeugn. verl. poln. Spr.  
in W. u. Schr. Handels-  
theorie poln. Staats- u.  
Verwaltungstheorie,  
Krankenfsl. u. Sozial-  
politik. Organisations-  
talente, lückig. Stellung.  
v. 1.7. d. 3. Beamte. u.  
Oberleitung, evgl. als  
Rechnungsinst., Buchhalt.  
Kajierer, Privatsekret.,  
auf grös. Gütern bei  
Probedienstleistung. Gesell.  
Zusch. erb. u. R. 7186  
an die Geschäft. d. 3.

Geschäft. d. Zeitg.

# Nus Stadt und Land.

Bromberg, 8. Juni.

**Invaliditäts-Versicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter.**  
In der Sitzung am 26. Mai 1925 in der Wojewodschaft Posen wurde folgende Einteilung festgestellt, nach der vom 1. Junt 1925 nachfolgende Invalidenmarken zu verwenden sind: 1. Böcke, Kutscher, Handwerker usw. Klasse V 1,20 zł, 2. Deputanten Klasse IV 1,00 zł, 3. Häusler Klasse III 0,80 zł, 4. Scharwerker, Kateg. IIa und IIb Klasse I 0,40 zł, Kateg. III und IV Klasse II 0,60 zł, 5. Saisonarbeiter, Kateg. I Klasse III 0,80 zł, Kateg. II und III Klasse II 0,60 zł.

**§ Aufhebung von Ausfuhrzöllen.** Nach polnischen Pressemeldungen ist in der nächsten Zeit mit der Aufhebung des Ausfuhrzolls für nachfolgende Waren zu rechnen: Sämtliches Getreide, wie: Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Mehl, ferner Sämereien, Raps, Oliven, Pferde. Es ist anzunehmen, daß eine dementsprechende Verordnung in den nächsten Tagen erscheinen wird. Das Getreide soll erst am 1. August vom Ausfuhrzoll befreit werden. Die anderen obengenannten Artikel bereits in nächster Zeit.

**§ Herabsetzung der Tabakmonopolrabatte.** Nach Verfügung des Finanzministers vom 1. v. M. („Dziennik Ustaw“ Nr. 53, Pos. 380) hat das Tabakmonopol den Rabatt für Großhändler, die ihren Bedarf aus staatlichen Magazinen oder aus Tabakfabriken decken, die außerhalb ihres Wohnsitzes liegen, vom 1. d. M. ab von 14,5 auf 14 Proz., und für den Haushalt von 7 auf 6 Prozent herabgesetzt. Für Kleinhändler und Grossisten, die am Platze der staatlichen Magazine und Tabakfabriken wohnen, bleibt der bisherige Rabatt von 10 bzw. 13,5 Prozent unverändert.

**§ Wo bleiben die silbernen Blötye?** Wie erinnerlich, gingen schon vor Monaten wiederholte Meldungen durch die Zeitungen, es seien gröbere Mengen silberner Ein- und Zwei-Blötystücke aus Amerika, Frankreich und England in Warschau eingetroffen, und sie würden bald in Umlauf gesetzt werden. Bis jetzt aber bekommt man diese Münzen erst verhältnismäßig selten zu sehen, wogegen man nach wie vor mit schmerzlichem Gedanken feststellen muß, daß die entsprechenden papierenen Geldscheine allmählich in einem so abgegriffenen Zustand kommen, daß einen ein Grauen überkommen kann, und nicht nur ein gelindes. Die Silbermünzen werden ja wohl, wie man annnehmen darf, fortlaufend in Umlauf gesetzt, u. a. auch bei den Gehaltszahlungen an die Staatsbeamten, aber doch wohl in recht langsamem Tempo und in sparsamem Umsange; denn im allgemeinen Verkehr sind sie, wie erwähnt, nur vereinzelt anzutreffen. Man kann sich nur schwer der Vermutung entziehen, daß sie vielfach aufscheißert oder „gebamst“ werden, in der Beurichtung, daß Hartgeld auf alle Fälle sicherer sei als abgegriffene Papier scheine — wie die Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit allerdings in trauriger Weise gelehrt haben. Solche Befürchtungen erscheinen aber doch grundlos, u. a. schon aus dem Grunde, weil die Metalldeckung des polnischen Papiergebotes erheblich größer ist als sie seinerzeit für die alten deutschen Banknoten war. Das Vertrauen in die eigene neue Währung hatte sich z. B. in der Freistadt Danzig schon im vorigen Jahre so gefestigt, daß man dort damals bis zur Höhe von fünf Gulden nur Hartgeld zu schenken bekam, und der niedrige Papiergehalt auf 10 Gulden lautete. Hier in Polen hat man silberne Zwei-Blötystücke wohl überhaupt noch nicht gesehen. — Nun geht wieder folgende Meldung durch die Blätter: „Die Pariser Münze hat die Prägung von 12 400 000 silbernen Zwei-Blötystücken für Polen beendet. Eine staatliche Aboordnung nimmt zurzeit die Münzen ab.“ Wenn dieser neue „Schub“ silberner Blötye bald in Umlauf käme, könnte die Kalamität mit den abgegriffenen Geldscheinen bald verschwinden und die Ausgabe neuer Zwei-Blötye von der kürzlich die Rede war, könnte erwartet werden.

**§ Für die Ruderregatta des Ruderverbandes Posen-Pommern, die am Sonntag, 21. Juni, im Brzynauer Hafen veranstaltet wird, haben sich 10 Vereine mit 44 Booten und 200 Ruderern gemeldet. Es sollen 18 Rennen ausgetragen werden.**

**§ Zwei Bodenfahnmereinbrüche wurden in der Nacht zum Sonnabend verübt, und zwar in den Höfen der Blumenstraße (Kwiatowa) 3 und Mieliszstraße (Sienkiewicza) 47. Die Einbrecher hatten mehrere Schlosser aufgebrochen, sind aber nicht „auf ihre Kosten“ gekommen, da sich auf den Böden nur minderwertige Sachen befinden.**

**§ Festgenommen wurden am Sonnabend und Sonntag insgesamt 20 Personen, darunter sieben Betrunkene, drei Diebe, zwei Obdachlose und ein Mann wegen Schmucks.**

## Vereine, Veranstaltungen etc.

Grauenchor der Christuskirche. Heute 8 Uhr im Gemeindehaus Probe zur Gustav-Adolf-Feier.

(4718)

## Die ersten Flussbadeanstalten.

Vom Mittelalter bis weit in das 18. Jahrhundert hinein galt das Baden in Flüssen und in der See als höchst unanständig, und es kamen in dieser ganzen Zeit viele Polizei- und Schulordnungen heraus, die das Baden im Freien unter Strafe stellten. In einer Hamburger Schulordnung aus dem Jahre 1587 z. B. hieß es: „Die an das Wasser gehen und baden und schwimmen gleich als die Gänse und Enten, die sollen schwer bestraft werden.“ Noch im 18. Jahrhundert waren diese Verordnungen sehr häufig. So schrieb noch eine badische Polizeiordnung aus dem Jahre 1786 vor, daß vor dem „so gemeinen als höchst gefährlichen und ärgerlichen Baden zu warnen und die Übertreter zu bestrafen seien.“ Selbst ein Weltschreiter wie Goethe war gegen das Baden im Freien eingetragen und nannte es eine Verunreinigung für den Naturzustand. Erst unter dem Einfluß Rousseaus in Frankreich und in Deutschland unter dem von Gutsch-Wuthus und Salzmann, dem Begründer der Erziehungsanstalt Schulpforte, kam das Baden wieder stärker auf. Gutsch-Wuthus gab im Jahre 1798 ein Lehrbuch über die Schwimmkunst heraus und erfand auch den Schwimmgürtel. Vorher waren bereits in Berlin, Paris, Wien, London und Mannheim Flussbadeanstalten errichtet worden, die freilich noch viele Feinde hatten. Gab es doch noch am Ende des 18. Jahrhunderts Ärzte, die behaupteten, ein Wasser, das nur durch die Sonnenstrahlen erwärmt sei, müsse in höchstem Maße schädlich auf den Körper einwirken. Erst nachdem im Jahre 1817 General v. Pfuel das Schwimmen in der preußischen Armee allgemein eingeführt hatte, verlor sich in Deutschland das Vorurteil vor dem Baden im Freien.

A. M.

## Die Rosenbraut in Mainz.

In Mainz wird alljährlich zur Rosenzeit ein schönes Fest begangen, das in seiner poetischen und zugleich wohltätigen Art einzig dasteht. Es ist die Rosenbraut-Feier, die besonders in den ersten Jahren nach ihrer Gründung mit großem Pomp umgeben gewesen sein soll. Jetzt verläuft sie still und geräuschlos. Im Jahre 1835 hinterließ die aus Frankreich stammende Witwe eines Freiherrn von Oberstein der Stadt Mainz ein Kapital von 12 000 Gulden, dessen Binsen einer Jungfrau angute kommen sollten, die als braves, unbescholtenes Mädchen ihren Eltern eine treue und aufopfernde Pflegerin und Stütze gewesen ist. Die Bewerberinnen haben sich bei dem Vorstande der Stiftungs-Verwal-

M.-T.-B. Bydgoszcz-West. Heute, Montag, 9 Uhr, Monatsverkauf im Lusia b. Kleinert, Balz. Erscheinen erwünscht. (4699) Biedertafel Bromberg. Übungsabend Dienstag, den 9. Juni,punkt 8 Uhr, im Bismarck. Es ist Pflicht eines jeden Sängers, dazu zu erscheinen, die die Lieder für Grandez eingesetzt werden. (4717) Deutsch-ev. Frauenkund. Mittwoch, den 10. 6. 25, um 4 Uhr, gemeinsamer Kaffee im Volkshaus, Thorner Straße 21. (4705) Verein i. Kaufseite e. V. zu Bromberg. Veit. Tagesausflug am Donnerstag, den 11. 6. 25, nach Jaseniec. Anmeldungen zur Mittagsstafel siehe Inserat. (7297)

Posen.

Ein Reit- und Fahrturnier findet am 28. Juni d. J. in Pińcierz, Bahnstrecke Poznań-Miedzyń, statt. (Siehe a. Inserat.) (7284)

R. Kreis Gilehne (Wleben), 6. Juni. Begünstigt durch das warme Wetter und den in vergangener Woche mehrmals niedergegangenen Gewitterregen haben sich Winter- und Sommerfrüchte auch in unserer Gegend wunderbar erholt. Auch die Kartoffeln entwickeln sich durchweg gut, nur daß Gemüse, besonders die Runkelrüben, leiden auf sehr vielen Stellen unter einer eigenartigen Erkrankung. Die Blätter vertröcken allmählich und zuletzt auch die Wurzel. Manche Besitzer haben ganze Flächen umzäufen und nochmals nachpflanzen müssen. Von den Obstsorten ist bei Pfirsichen, Kirschen und Birnen nur auf geringe Erträge zu rechnen, während die Apfel besser ausgezogen haben, aber wieder unter der Raupenplage sehr leiden. Mit der Henernte wird in nächster Zeit begonnen werden, und es ist auf eine Mittlerente zu rechnen.

\* Lissa (Leszno), 6. Juni. In der gestrigen Stadtverordnungslistung kamen u. a. folgende wichtige Gegenstände zur Verhandlung: Für die beschlossene Herverlegung der Bataillone aus Rawitsch soll der Geschäftsschuppen hinter dem katholischen Friedhof umgebaut werden zur Aufnahme eines Bataillons; die Arbeiten müssen bis zum 1. November b. J. beendet sein. Für das andere Bataillon soll im nächsten Jahre Unterkommen beschafft werden. Zum Bau einer Elementarschule ist ein Platz an der Ackerstraße, der Johanniskirchgemeinde gehörig, in Aussicht genommen. Die Verhandlungen mit der Kirche führen bisher wegen des geforderten Preises zu keinem Ergebnis. Sollte die Kirchengemeinde mit dem angebotenen Preis von 1,50 zł pro Quadratmeter nicht einverstanden sein, so wird die Stadt das ihr zustehende Eigentum überlassen. Beabsichtigt wurde die Bewilligung einer Subvention für den Bau polnischer Kirchen in Danzig im Betrage von 200 zł.

b. Mogino, 5. Juni. Der langersehnte Landregen zieht heute ein; hoffentlich hält er genügend lange an. Der Roggen hat sich überall kräftig entwickelt und verspricht eine gute Ernte. Die Obstbäume haben sehr durch Raupenfraß gelitten, hauptsächlich die Wegeplanzen. Apfelsäfte haben kräftig geblüht und angezogen, dagegen wird es Birnen, hauptsächlich frühe, in diesem Jahre wenige geben, da sie durch Frostschäden gelitten haben.

r. Kratosch (Krakow), 5. Juni. Am vergangenen Dienstag stattete der Wojewode unserer Stadt einen Besuch ab, aus welchem Anlaß sämtliche Vereine und die Stadtvertretung in der Straße nach Rakel Aufstellung genommen hatten. — Am 2. Pfingstferiertag wurden in der heutigen evangelischen Kirche 39 Kinder konfirmiert. — Der älteste Sohn des Oberwachtmeisters Janomietz ist beim Baden in der Propsteiblutte ertrunken.

\* Posen (Poznań), 6. Juni. Der Magistrat ist bemüht, vom Staatspräsidenten die Erlaubnis zu erwirken, den Schlossgarten dem Publikum zugänglich zu machen. Manche Änderungen müsten zu diesem Zwecke vorgenommen werden, wozu ein Projekt eingereicht wurde. — Gestern kaufte ein Schüler in einer Drogerie in Góra Wilda chloroform Kalium zum Photographieren und gab es einem Knaben Persz zum Halten, der daran rieb. Es erfolgte eine Explosion, die Persz nicht unbeträchtlich an der Hand verletzte, so daß er verbunden werden mußte. Also Vorsicht mit dem genannten chemischen Stoff!

r. Birke (Sierakow), 6. Juni. Bei den Waldarbeiten in den durch die Kiefernneule heimgesuchten Wäldern unserer Gegend sind in letzter Zeit viele Arbeiter aus Kongreßpolen gefommen. Diese werden in Baracken untergebracht und bekommen dort auch Verpflegung. Da sie aber, wie man zu sagen pflegt, „die Arbeit nicht erfunden haben“, so kommt es häufig vor, daß sie in vierzehn Tagen verbrauchen. Bei Nacht und Nebel suchen sie dann das Weite und die Kantinenwirte haben das Nachsehen. Aber auch einzelne der hiesigen Wanderarbeiter gehen auf Schwinnel aus. So hatte der Eigentümer K. aus Neusorge zwei junge Leute in Kost und Logis genommen. Zu Pfingsten hörten sie sich, da sie keine Löhne bekommen hatten, von K. 180 zł gegen einen vom Förster ausgestellten Verdienstausweis von 141 zł, dazu noch einen Reisekoffer, da sie in

tung zu melden, und nach erfolgter Wahl findet dann bei dem Bürgermeister, neben dem die Rosenbraut den Ehrenplatz einnimmt, ein Festessen statt. Die Rosenbraut, meist ein schwangeres Mädchen, erhält aus der Stiftung 500 Gulden, von denen 100 Gulden zu der Beslichkeit selbst verwendet werden. Frau von Oberstein, eine geborene Gräfin de Rose, errichtete diese sinnige Stiftung in Grinnerung an ihr eigenes Vaterland, wo im fünften Jahrhundert ein Geistlicher namens Madard einen Tugendpreis stiftete, mit dem alljährlich eine würdige und ehrbare Jungfrau belohnt werden sollte. Den Beinamen Rosenbraut erhielt die Erwählte, weil man sie mit Rosen schmückte und krönte. In Frankreich ist diese sinnige Sitte im Laufe der Zeit allmählich in Vergessenheit geraten, und es gibt nur wenige Städte, in denen sie noch besteht. In Mainz, der Stadt Frauenlob, versammelt noch alljährlich zur Rosenzeit der Bürgermeister die Stadtverordneten und Geistlichen um die Rosenbraut. In früheren Jahren fuhr man zunächst in rosegeschmückten Wagen in die Kirche, dann durch die Straßen der Stadt, um im Freien bei Spiel und Tanz und fröhlichem Mahle mit Verwandten und Bekannten den Tag heiter zu beschließen.

M. N.

## Hunde- und Robentouwt in Konstantinopel.

Von Mahmud Selim.

(Nachdruck verboten.)

Einst waren die Straßenhunde eine große Plage in Konstantinopel. Sie tummelten sich überall, machten nichts gewaltige Heulkonzerne, rannten sich um alle Knochen und blieben mittens auf dem Bürgersteig liegen, sorgfältig von den Menschen „umgangen“. Sie erwiesen sich nur dadurch nämlich, daß sie den Küchenkehrten, den der Türke auf die Straße wirft, wenigstens zum größten Teil fraßen und so mehr für die Reinlichkeit der Stadt taten, als die Menschen.

Aber sie waren doch eine große Plage. Und eines Tages entschloß sich die Regierung, sie zu besiegen. Da nun aber der Türke ein unreines Tier nicht anführen darf, so wurden die Hunde mit großen Bängen gepackt, in Wagen geworfen und mit samt diesen Wagen auf ein Schiff verfrachtet, das sie auf einer kleinen unbewohnten Insel des Marmarameeres ansetzte. Dort gingen Tausende von Hunden am Durst zu Sterben, zerstießen sich gegenseitig und litten Qualvolles.

Aber den religiösen Dogma war Gottig geschehen. Konstantinopel war seine Straßenhunde los. Doch nicht alle. Der Türke arbeitet nie genau, ob er nun einen hinkenden Tisch fertigt oder eine schwere Mauer aufträgt oder Hunde

ihrem eigenen Koffer ihre Sachen aufzubewahren wollten. Dann liehen sie sich auch noch zur Bahn fahren. Bis heute sind sie aber nicht zurückgekehrt, und als man den zurückgelassenen Koffer öffnete, fand man darin nur eine vollständig unbrauchbare Hose und zwei Paar ganz zerlumpte Schuhe. Es sei dieser Fall zur Warnung mitgeteilt.

b. Bain, 4. Juni. Der heute abgehaltene Pferde- und Karrenmarkt war nicht gut besucht. Auf dem Karrenmarkt war nur eine Bude vorhanden. Auf dem Pferdemarkt verlangte man für gute vierjährige Pferde 450 zł. Mittlere Pferde, siebenjährig, kosteten 200—250 zł, noch brauchbare Pferde, 9—11 Jahre, kamen 50—120 zł. Von letzteren wurden auch einige umgesetzt. Gute einjährige Hohlen bis zu 1½ Jahren kosteten 150 zł. Auf dem Wochenmarkt kosteten die Kartoffeln 8—8,50, Eier 1,20, Butter 1,50—1,70 zł.

## kleine Rundschau.

\* Ein Lehrer mit 14 Schülerinnen ertrunken. Bei Kosienice (Gouvernement Radom) ist ein Lehrer mit 14 Schülerinnen ertrunken. Er hatte mit seiner Klasse einen Ausflug gemacht und ein Boot gemietet, um über den See zu fahren. Auf der Mitte des Sees begann das Boot zu sinken. Den vom Ufer zu Hilfe eilenden kleinen Booten gelang es nur, einen Teil der Mädchen zu retten; 14 ertranken. Der Lehrer, der nicht eher in das rettende Boot steigen wollte, als bis sämtliche Mädchen gerettet waren, fand auch seinen Tod in den Fluten.

## Handels-Rundschau.

\* Vollkommene Geschäftsstille in der Lodzer Textilindustrie. Wie uns aus Warschau gemeldet wird, herrscht seit Wochen in der Lodzer Textilindustrie vollkommene Geschäftsstille. Es sind nur einige Bestellungen aus den Ostseewochehnen auf Sommerware eingelaufen. Man zahlt 25 bis 30 Prozent in Bargeld, den Rest in Wechsel bis zu 70 Tagen.

### Geldmarkt.

Der Börsen am 6. Juni. Börse: Überweisung Warschau 99,15; Riga: Überweisung Warschau 102.

Warschauer Börse vom 6. Juni. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 24,27<sup>1/2</sup>, 24,34—24,21; Holland 208,90, 209,40—208,40; London 21,25, 25,31—25,19; New York 5,18<sup>1/2</sup>, 5,20—5,17; Paris 24,75, 24,81—24,69; Prag 15,40, 15,43—15,37; Schweiz 100,70, 100,95—100,45; Wien 73,18, 73,86—73,00; Italien 20,65, 20,70—20,60. — Devise: Dollar der Vereinigten Staaten 5,18<sup>1/2</sup>, 5,20—5,17.

Zürcher Börse vom 6. Juni. (Amtlich) London 25,08, Paris 24,42, Wien 72,65, Prag 15,29<sup>1/2</sup>, Italien 20,39, Belgien 24,00, Holland 207,40, Berlin 122,82.

Die Bant Polski zahlt heute für 1 Goldmark 1,22 zł, 1 Dollar, große Scheine 1,18 zł, kleine Scheine 5,17 zł, 1 Pfund Sterling 25,14 zł, 100 franz. Franken 25,41 zł, 100 Schweizer Franken 100,25 zł.

### Altienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 6. Juni. Für nom. 1000 Mtp. in Brot. Bankaktien: Bank Przemysłowa 1—2. Em. (exkl. Kupon) 5,00. Bant Bank Handl. Poznań 1.—9. Em. (exkl. Kupon) 8,75. Pozn. Bank Niemian 1.—5. Em. (exkl. Kupon) 3,00. Industrieaktien: S. Teigels 1.—10. Em. (50 Mtl. Aktie) 17,50. Centrala Polnica 1.—7. Em. 0,35. Luban. Fabryka prem. ziemni. 1.—4. Em. (exkl. Kupon) 85. Dr. Roman Maj 1.—5. Em. 21,00. „Trz“ 1.—3. Em. 15,00. Tendenz: schwach.

### Produktionsbericht.

Danziger Produktionsbericht vom 6. Juni. (Nichtamtlich) Preis pro Tontier in Danziger Gulden. Weizen 128—130 Pf. rubig 17—17,75, Gerste feine unv. 15,25—15,75, geringe unv. 14,50—15, Hafer unv. 14,25—15, kleine Erbsen unv. 12,75—13, Bitterererbse unv. 14,50—17, Roggenkleie unv. 12, Weizenkleie unv. 12,25. Großhandelspreise per 50 kg. waggonsfrei Danzig. Berliner Produktionsbericht vom 6. Juni. Amtliche Produktionsnotierungen vor 100 kg. ab Stationen. Weizen 204—207, Zult 270—275, Tondenz steigt, Roggen 215—218, Zult 214—215, Hill. Sommergerste 226—242, Wintergerste 200—218, Hill. Hafer 235—243, Weizenmehl für 100 kg. 84—90,50, kleiner Roggenmehl 20,75—21,75, kleiner Weizenkleie 13,80, rubig, Roggenkleie 14,10—14,20, rubig. Für 100 kg. in Markt ab Abladestationen: Bitterererbse 28—27, kleine Speiserbsen 22—25, Futtererbse 19—21, Peinjewen 20 bis 22,50, Altererbse 10—11, Widen 11,50—14, Serradelle neue 13 bis 16,25, Napfschoten 1

Statt jeder besonderen Meldung!

Am 5. Juni, abends, starb nach langem und schwerem Leiden unser lieber Bruder, Schwager Onkel und Neffe, der

Sanitätsrat

Dr. Max Joël

Chelmza

im Alter von 65½ Jahren.

In tiefer Trauer: Im Namen der Familie:  
Arthur Joël.

Inowrocław, den 6. Juni 1925.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 9. d. M.,  
nachmittags 4 Uhr, in Chelmza statt.

Wilh. Matern

Dentist

Sprechstunden v. 9-1 u. 3-6 Uhr  
Bydgoszcz, Gdańskia 21.

Singer Bücherrevisor  
Bydgoszcz, Kordeckiego 16.

OKOLE H. MATERN

Dentist

Sprechstunden 9-1, 3-6 Uhr  
Okole, Grunwaldzka 104  
im Hause des Kaiser-Kaffee-Geschäfts.

Bersteigerung.

Am Mittwoch, den 10. und Sonnabend,  
den 13. Juni, werde ich Pod blansami 1:  
Sofas, Schränke, Bettlos, komplett  
Rüben, 2 komplett Schlafzimmer,  
Schreibtische, Tische, Fahrstühle, Ko-  
nivore, Dezmawagen, Kommoden,  
3 große Schilder, Badewannen, 1 gr.  
Ofen für Badeeinrichtung, div. Obst- und  
andere Körbe, Hobelbänke, grösste  
Vollen Wagenküche in Fässern, Bett-  
gestelle mit und ohne Matratzen, Feder-  
betten, etc. Kinderbettgestelle, Hand-  
und Kinderwagen, Kleidungsstücke,  
Haus- und Küchengeräte, sowie vieles  
anderes  
freiwillig meistbietend versteigern. Besichtigung  
1 Stunde vorher.

Max Cichon, Auktionsator u. Lazarus,  
Bydgoszcz, Pod blansami 1. Telefon 1030.

foto grafien Passbilder  
zu staunend billigen Preisen liefert  
centrale für Fotografien nur Gdańskia 19.

Grasmäher  
Gärtendrescher m. Schüttler  
Häckselmaschinen

Göpel

Pflüge

Feldegggen

Kartoffeldämpfer

Milchseparatoren "Milena"

Dezmawagen u. Gewichte

offeriert sehr preiswert

Biuro Handlowe  
Ignacy Radoszewski  
Jagiellońska 35e. Telefon 1319.

NorwegerTran

unvermischt, garant. rein  
empfehlen sehr preiswert

Ferd. Ziegler & Co.

Jalousien

Rolladen, Holzrahrouleaux,  
Stahlwellblech-Rolladen,  
Markisen, Rollwände,  
Gartenschirme

liefern preiswert

R. Schneider, Danzig  
Langfuhr.  
Hauptstr. 70. Telef. 41961.  
Reparatur. wird. sofort ausgef.



Hüte! Große Auswahl! Sehr preiswert! Umpresso  
Umarbeiten

Niedzwiedzia  
Bärenstr. 4.

Restbestand in Pelzkragen verkaufe aus.

Fa. M. Kührke

Echte Schweizer

Seidengaze x x

kenntlich durch 3 rote Streifen in den Kanten

Drahtgaze aus Phosphorbronze, Messig etc.

Mühlenpicken :: Messerpicken

Elevatorgurte, Becher, Schrauben

Gummihämmer usw.

empfehlen

Ferd. Ziegler & Co.,  
Dworcowa 95.

706

Beabsichtige mein gutgehendes

Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäft

2 große Läden, 3 Schaufenster, gute Lage in Schneidemühl

zu verkaufen.

Objekt 30.000 Mark, Anzahlung 20.000 Mark. 706

Habe auch eine

Landwirtschaft

in Westpreußen anzubieten, 25 Morgen Land, gute Weizen-  
boden, 4 Kühe, 6 Schweine, 1 Pferd, gute Gebäude und  
reichliches Inventar. Objekt 30.000 M., Anzahl. 20.000 M.

Offert. unter L. 7096 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Halbjährige

Zuchteber und  
Zuchthäuser

des großen weißen Edelschweines aus Herdbuchabstammung, hat  
jetztzeit abzugeben

Zollentopf, Milewo

bei Twarda góra (Swiecie). Telefon Nowe 35.

Verkaufe billig

Riesen-Kleinbahn- und Schmal-  
spur-Schwellen gegen distontfähige Wechsel.

Holzhandlung G. Wilke, Poznań, Gew. Mielzyński 6.

Pachtungen

Mein Gasthaus

mit Saal u. Gastrall, mögliche von sofort zu pachten. Selbig liegt an einer Kreuz-  
strasse und in einem  
großen Dorfe, in welch  
zwei Kirchen befinden.

Herr. Berg.

Kuwald salach,

Stacja Linowo,

pow. Grudziądz. 716

Kleineres Haus

m. Stallg. u. Aufzährt,

zu pacht. gel. evtl. zu

kauf. Offeren unter

L. 4689 a. d. G. d. 3.

Bachlung

von 500 Mrg. an auf-

wärts oder entspred-

Zeile von sofort zu

kaufen gesucht. Ber-

üllg. Kapital 40.000 zl.

Gef. off. unt. D. 7245

a. d. Geschäftsst. d. 3.

Pensionen

Ein junger Mann od.

Schüler aus gut. Fam.

find. v. so. gute Auf-

nahme als Mitbewoh.

z. Zimm. mein. Sohnes

Stentiewicza 21, l. r.

Dame

als Vermieter vom 1.7.

als gelucht, die in der

Lage ist voln. Unter-

richt zu erteilen. 4658

von Wileben

Lisztow, w. Byrast.

Zupf-

maschine

gebr., für Tapezierer,

zu kaufen gesucht.

Gdańsk 130, Büro.

4713

Supniewski, Pawłown.

Wohnungen

3-5-Zimmer-

Böhnnung

auch mit Kauf einer

Ebz. u. Herrenzimm.

Einrichtung gef. off.

u. G. 4680 a. d. G. d. 3.

Rechtshilfe

in Zivil-, Strafprozessen, Mietstreitigkeiten,

Steuer- und Optionsangelegenheiten erteilt

und übernimmt Nachforschungen bett.

Wanderer usw. in Amerika, sowie die Aus-

arbeitung von jeglichen Schriftsätzen,

Miet- und Pachtverträgen und dergl.

Büro "WAP" ul. Gdańskia 162,

II. Etage. Tel. 1429  
neben Hotel Adler

Hüte! Große Auswahl! Sehr preiswert!

Restbestand in Pelzkragen verkaufe aus.

Deffentlich. Verkauf.

In einer Streitache verkaufe ich für fremde Rechn. a. Weitbietend, am Freitag, d. 12. Juni um 3 Uhr nachm., im Büro, Dworcowa 95: 45 to Rogenmehl 0/1 15 to Rogenmehl 00 15 to Rogenfleie waggonreit Naklo.

W. Junk, zaprzieszony senzal-handlowy przy izbie przemysłowo-handl. w Bydgoszczy.

Geübte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt sich. Auf d. Lande bewor-zugt. Gef. offert. unt. Nr. 4691 a. d. G. d. 3.

Gebüte Hausschneid-derin empfiehlt